SATZUNG

Sportwerk Düsseldorf e.V.

PRÄAMBEL:

Aus Gründen der Lesbarkeit sind im Satzungstext durchgängig alle Personen, Funktionen und Amtsträgerbezeichnungen in der männlichen Form gefasst. Soweit die männliche Form gewählt wird, werden damit sowohl weibliche wie männliche oder diverse Funktions- und Amtsträger angesprochen.

Der Verein, seine Mitglieder und Mitarbeiter treten rassistischen, verfassungs- und fremdenfeindlichen Bestrebungen sowie jeder Form von Gewalt, unabhängig davon, ob sie körperlicher, seelischer oder sexueller Art ist, entschieden entgegen. Er sorgt im Rahmen seiner Möglichkeiten für eine Atmosphäre des gegenseitigen Respekts, der Toleranz und der Transparenz von Rechten der Mitglieder, insbesondere von Kindern und Jugendlichen.

§ 1 NAME, SITZ, EINTRAGUNG

1. Der Verein trägt den Namen Sportwerk Düsseldorf e.V.
2. Der Verein hat seinen Sitz in Düsseldorf und ist in das Vereinsregister beim Amtsgericht Düsseldorf unter der Nr.: VR 8621 eingetragen.
3. Das Geschäftsjahr des Vereins ist das Kalenderjahr.

§ 2 ZWECK DES VEREINS

1. Der Zweck des Vereins ist die Förderung des Sports gem. § 52 Abs. 2 Nr. 21 AO, die Förderung des öffentlichen Gesundheitswesens gem. § 52 Abs. 2 Nr. 3 AO und die Förderung der Jugendhilfe gem. § 52 Abs. 2 Nr. 4 AO.
2. Der Satzungszweck wird verwirklicht durch:
 - a) Leistungen zur medizinischen Rehabilitation mit qualifizierter Betreuung im Sinne der Rehabilitationsrichtlinie des Gemeinsamen Bundesausschusses unter Berücksichtigung der Normen nach der internationalen Klassifikation der Funktionsfähigkeit, Behinderung und Gesundheit i.S. der „International Classification of Functioning and Health“ (ICDH) und deren Kontextfaktoren (Umwelt, Personen) von § 92 Abs. 2 Nr. 8 SGB V zur Teilnahme am Arbeitsplatz, um die Selbstbestimmung und die gleichberechtigte Teilhabe in der Gesellschaft zu fördern, Benachteiligungen zu vermeiden oder ihnen mit dem Ziel entgegenzuwirken, Behinderungen im Sinne des § 2 Abs. 1 SGB IX einschließlich Pflegebedürftigkeit im Sinne SGB XI abzuwenden, zu beseitigen, zu mildern.
 - b) Bereitstellung sportlicher Angebote, insbesondere im Präventions-, Reha- und Behindertensportbereich, Förderung sportlicher Veranstaltungen, Übungen und Leistungen sowie Erteilung von Sportunterricht mit dem Schwerpunkt Kampfsport.
 - c) Maßnahmen zur Erhaltung und Förderung des körperlichen, geistigen, seelischen und sozialen Wohlbefindens,

- d) Sportförderung zur Erfüllung des Auftrags aus Art. 18 Abs. 3 der Landesverfassung NRW auf materiellem, geistigem und sittlichem Gebiet,
- e) Pflege des Freizeit- und Breitensports, Amateur und Leistungssports durch Entwicklung der Motorik durch Beherrschen von Sport- und Fitnessgeräten,
- f) die Durchführung von allgemeinen sportorientierten Jugendveranstaltungen und -maßnahmen,
- g) Angebote der bewegungsorientierten Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit.
- h) Betrieb eines Kindergartens.
- i) Aus-/Weiterbildung und Einsatz von Übungsleitern, Trainern, Helfern und sonstigen Mitarbeitern.

§ 3 GEMEINNÜTZIGKEIT

1. Der Verein verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnitts „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung.
2. Der Verein ist selbstlos tätig. Er verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke. Mittel des Vereins dürfen nur für die satzungsmäßigen Zwecke verwendet werden.
3. Die Mitglieder erhalten keine Zuwendungen aus Mitteln des Vereins. Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck des Vereins fremd sind oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.

§ 4 VERBANDSMITGLIEDSCHAFTEN

1. Der Vorstand entscheidet durch Beschluss über Eintritt und Austritt in Fachverbände.
2. Der Verein erkennt die Satzungen, Ordnungen und Bestimmungen der Verbände als verbindlich an.

§ 5 VEREINSORGANE

Die Vereinsorgane sind die Mitgliederversammlung, der Vorstand, die Jugendversammlung und der Jugendvorstand.

§ 6 ARTEN DER MITGLIEDSCHAFT

1. Der Verein besteht aus aktiven und passiven Mitgliedern. Mitglied des Vereins kann jede natürliche Person werden.
2. Aktive Mitglieder sind Mitglieder, die sämtliche Angebote des Vereins im Rahmen der bestehenden Ordnungen nutzen können. Aktive Mitglieder werden einer oder mehreren Abteilungen zugeordnet.
3. Aktive Mitglieder können eine von vornherein auf drei Monate zeitlich befristete Mitgliedschaft im Verein erwerben. Mit dem Ablauf der drei Monate endet diese befristete Mitgliedschaft, ohne dass sie eines Auftritts bedarf.
4. Passive Mitglieder nutzen die sportlichen Angebote des Vereins nicht. Für sie steht die Förderung des Vereins durch Geld oder Sachbeiträge im Vordergrund.
5. Aktive Mitglieder können auf Antrag in die passive Mitgliedschaft wechseln. Der Antrag bedarf der Schriftform und ist zu begründen. Voraussetzung ist der Nachweis der Sportuntauglichkeit. Die Sportuntauglichkeit ist durch die Vorlage eines ärztlichen

Attests nachzuweisen. Der Vorstand kann durch Beschluss den Wechsel von der aktiven in die passive Mitgliedschaft genehmigen. Die Dauer der passiven Mitgliedschaft ist beschränkt auf die Dauer der nachgewiesenen Sport- untauglichkeit. Mit der Wiederherstellung der Sporttauglichkeit lebt die aktive Mitgliedschaft wieder auf. Das Mitglied wird durch den Verein schriftlich über das Auf- leben der aktiven Mitgliedschaft informiert.

§ 7 ARTEN DER AKTIVEN MITGLIEDSCHAFT

Es gibt nachfolgende Arten der aktiven Mitgliedschaft:

- Mitgliedschaft 3,
- Mitgliedschaft 6,
- Mitgliedschaft 12 und
- Mitgliedschaft 18 – 50 Übungseinheiten.

§ 8 ERWERB DER MITGLIEDSCHAFT

1. Die Mitgliedschaft wird durch Aufnahme erworben. Für den Erwerb der Mitgliedschaft ist ein Aufnahmeantrag in Textform an den Vorstand zu richten. Beim Aufnahmeantrag eines Minderjährigen ist die Zustimmung der gesetzlichen Vertreter erforderlich. Es ist auf dem Aufnahmeantrag anzugeben, welche Art der Mitgliedschaft beantragt wird.

2. Die Aufnahme in den Verein ist davon abhängig, dass sich das Mitglied für die Dauer der Mitgliedschaft verpflichtet, am SEPA-Lastschriftverfahren für sämtliche Beiträge und Gebühren teilzunehmen und dem Verein ein schriftliches SEPA-Lastschriftmandat zu erteilen. Die gesetzlichen Vertreter der minderjährigen Vereinsmitglieder verpflichten sich mit dem Aufnahmegesuch für die Beitragsschulden ihrer minderjährigen Kinder aufzukommen.

3. Über die Aufnahme entscheidet der Vorstand. Ein Aufnahmeanspruch besteht nicht. Das Mitglied erhält eine Aufnahmebestätigung in Textform.

§ 9 BEENDIGUNG DER MITGLIEDSCHAFT

1. Die Mitgliedschaft endet mit dem Tod des Mitglieds, durch Austritt (Kündigung), Zeitablauf bei der Kurzzeitmitgliedschaft oder Ausschluss aus dem Verein gem. § 10 der Satzung.

2. Der Austritt (Kündigung) aus dem Verein erfolgt durch Erklärung in Textform gegenüber dem Vorstand. Der Zugang des schriftlich erklärten Austritts ist vom Austretenden nachzuweisen.

3. Die passive Mitgliedschaft kann von dem Mitglied mit einer Frist von drei Monaten zum Ende eines Kalenderjahres gekündigt werden. Die passive Mitgliedschaft besteht nur für die Dauer der nachgewiesenen Sportuntauglichkeit. Mit dem Ende der nachgewiesenen Sportuntauglichkeit lebt die aktive Mitgliedschaft wieder auf.

4. Die aktive Mitgliedschaft 3 endet drei Monate nach Beginn ohne, dass es eines schriftlichen Austritts bedarf.

5. Die aktive Mitgliedschaft 6 kann erstmals mit einer Frist von 3 Monaten 6 Monate nach dem Beginn der Mitgliedschaft gekündigt werden. Danach kann die Mitgliedschaft jeweils mit einer Frist von 3 Monaten zum 30.06. und zum 31.12. eines Jahres gekündigt werden. Zeiten der passiven Mitgliedschaft werden auf die Dauer der aktiven Mitgliedschaft nicht angerechnet.

6. Die aktive Mitgliedschaft 12 kann erstmals mit einer Frist von 3 Monaten 12 Monate nach dem Beginn der Mitgliedschaft gekündigt werden. Danach kann die Mitgliedschaft jeweils mit einer Frist von 3 Monaten zum 31.12. eines Jahres gekündigt werden. Zeiten der passiven Mitgliedschaft werden auf die Dauer der aktiven Mitgliedschaft nicht angerechnet.

7. Die aktive Mitgliedschaft 18 – 50 Übungseinheiten endet nach der Teilnahme an 50 Übungseinheiten der Abteilung Gesundheitssport oder nach 18 Monaten, ohne dass es einer Kündigung bedarf. Die aktive Mitgliedschaft 18 – 50 Übungseinheiten beinhaltet die mitgliedschaftliche Verpflichtung, an 50 Übungseinheiten der Abteilung Gesundheitssport teilzunehmen. Eine Verletzung der Teilnahmepflicht berechtigt den Verein zur Verhängung einer Geldstrafe in Höhe von 5,00 € pro nicht absolvierte Trainingseinheit.

8. Bei Beendigung der Mitgliedschaft, gleich aus welchem Grund, erlöschen alle Ansprüche aus dem Mitgliedschaftsverhältnis. Noch ausstehende Verpflichtungen aus dem Mitgliedschaftsverhältnis, insbesondere ausstehende Beitragspflichten oder andere Zahlungsverpflichtungen, bleiben hiervon unberührt. Vereinseigene Gegenstände sind dem Verein herauszugeben oder wertmäßig abzugelten. Dem austretenden Mitglied steht kein Anspruch auf Rückzahlung überzahlter Beiträge zu.

§ 10 AUSSCHLUSS AUS DEM VEREIN/ORDNUNGSMASSNAHMEN

1. Ein Ausschluss kann erfolgen, wenn ein Mitglied
 - grobe Verstöße gegen die Satzung und Ordnungen schuldhaft begeht;
 - in grober Weise den Interessen des Vereins und seiner Ziele zuwiderhandelt;
 - dem Verein oder dem Ansehen des Vereins durch unehrenhaftes Verhalten, insbesondere durch Äußerung extremistischer Gesinnung oder durch Verstoß gegen die Grundsätze des Kinder- und Jugendschutzes, schadet.
2. Über den Ausschluss entscheidet der Vorstand.
3. Vor der Entscheidung über den Ausschluss hat der Vorstand dem Mitglied Gelegenheit zu geben, sich schriftlich zu äußern. Das betroffene Mitglied wird aufgefordert, innerhalb einer Frist von 3 Wochen zu dem Vorwurf Stellung zu nehmen. Nach Ablauf der Frist ist vom Vorstand unter Berücksichtigung einer zugegangenen Stellungnahme des betroffenen Mitglieds über den Ausschluss zu entscheiden.
4. Der Vorstand entscheidet mit einfacher Mehrheit.
5. Der Ausschließungsbeschluss wird mit Bekanntgabe in Textform an das betroffene Mitglied wirksam.
6. Das Recht auf gerichtliche Nachprüfung der Entscheidung bleibt unberührt.
7. Ein Mitglied kann durch Beschluss des Vorstandes von der Mitgliederliste gestrichen werden, wenn es trotz Mahnung in Textform mit der Zahlung von Zahlungsverpflichtungen in Verzug ist. Der Beschluss über die Beendigung der Mitgliedschaft darf durch den Vorstand erst dann gefasst werden, wenn nach Versendung der Mahnung drei Wochen verstrichen sind und dem Mitglied in der Mahnung die Beendigung der Mitgliedschaft bei Nichtzahlung angekündigt worden ist. Der Beschluss über die Beendigung der Mitgliedschaft ist dem betroffenen Mitglied in Textform mitzuteilen.
8. Ein Verhalten eines Mitglieds, das nach § 6 Abs. 2 dieser Satzung zum Vereinsausschluss führen kann, kann auch nachfolgende Vereinsstrafen nach sich ziehen:
 - a) Ordnungsstrafe bis zu 500,00 Euro;
 - b) befristeter bis maximal sechsmonatiger Ausschluss vom Trainings- und Übungsbetrieb. Das Verfahren entspricht dem des Ausschlusses.

§ 11 BEITRAGSLEISTUNGEN UND PFLICHTEN

1. Der Verein erhebt Mitgliedsbeiträge und Aufnahmegebühren. Zusätzlich können Umlagen, Kursgebühren und Sonderbeiträge erhoben werden.
2. Die Höhe der Mitgliedsbeiträge, Aufnahmegebühren, Sonderbeiträge, Umlagen und Kursgebühren sowie deren Fälligkeit werden vom Vorstand durch Beschluss festgelegt. Der Vorstand ist verpflichtet Erhöhungen der Beiträge und weiteren Zahlungspflichten den Mitgliedern per Mail oder durch Veröffentlichung auf der Homepage des Vereins (www.sportwerk-duesseldorf.de) mitzuteilen. Umlagen können maximal bis zum Zweifachen des jährlichen Mitgliedsbeitrages festgelegt werden.
3. Die Beitragshöhe kann nach Mitgliedergruppen unterschiedlich festgelegt werden. Die Unterschiede müssen sachlich gerechtfertigt sein.

§ 12 ABWICKLUNG DES BEITRAGSWESENS

1. Die Aufnahme in den Verein ist davon abhängig, dass sich das Mitglied für die Dauer der Mitgliedschaft verpflichtet, dem Verein ein SEPA-Mandat für den Lastschriftinzug der Mitgliedsbeiträge und aller weiteren Zahlungspflichten zu erteilen. Die Erklärung des Mitglieds erfolgt auf dem Aufnahmeantrag. Der Verein zieht die Beiträge sowie die weiteren Zahlungspflichten unter Angabe der Gläubiger-ID und der Mandatsreferenz des Mitglieds zum Fälligkeitszeitpunkt ein. Fällt das Datum nicht auf einen Bankarbeitstag, erfolgt der Einzug am darauffolgenden Arbeitstag.
2. Der Vorstand ist berechtigt, Mitgliedern den Verzicht auf das Lastschriftverfahren zu gestatten. Für diesen Fall tragen diese Mitglieder den erhöhten Verwaltungs- und Bearbeitungsaufwand des Vereins im Rahmen einer Bearbeitungsgebühr, deren Höhe vom Vorstand in der Beitragsordnung des Vereins festgelegt wird.
3. Das Mitglied ist verpflichtet, dem Verein laufend Änderungen der Kontodaten sowie die Änderungen der persönlichen Anschrift mitzuteilen.
4. Kann der Bankeinzug aus Gründen, die das Mitglied zu vertreten hat, nicht erfolgen und wird der Verein dadurch mit Bankgebühren (Rücklastschriften) belastet, sind diese Gebühren durch das Mitglied zu tragen.
5. Der Verein ist berechtigt, ausstehende Beitragsforderungen gegenüber dem Mitglied gerichtlich oder außergerichtlich geltend zu machen. Die dadurch anfallende Kosten und Gebühren hat das Mitglied zu tragen.
6. Der Vorstand wird ermächtigt, einzelnen Mitgliedern die bestehenden und künftigen Beitragspflichten zu stunden, zu ermäßigen oder zu erlassen. Das Mitglied muss die Gründe für seinen Antrag gegenüber dem Vorstand glaubhaft darlegen und im Einzelfall nachweisen. Der Antrag bedarf der Schriftform.
7. Wenn der Beitrag im Zeitpunkt der Fälligkeit nicht beim Verein eingegangen ist, befindet sich das Mitglied ohne weitere Mahnung im Zahlungsverzug. Der ausstehende Beitrag ist dann bis zu seinem Eingang gem. § 288 Abs. 1 BGB mit 5 Prozentpunkten über dem Basiszinssatz nach § 247 BGB zu verzinsen.

§ 13 ALLGEMEINE MITGLIEDSCHAFTSRECHTE UND -PFLICHTEN

1. Mitglieder ab dem 18. Lebensjahr sind in der Mitgliederversammlung mit einer Stimme stimmberechtigt. Das Stimmrecht ist nicht übertragbar.
2. Kinder und Jugendliche bis zum 18. Lebensjahr können die Mitgliedschaft im Verein nur dann erwerben, wenn die gesetzlichen Vertreter in den Mitgliedsvertrag schriftlich eingewilligt und sich verpflichtet haben, für die Beitragsschulden ihrer Kinder aufzukommen.
3. Mitglieder bis zum 18. Lebensjahr sind vom Stimmrecht in der Mitgliederversammlung ausgeschlossen.
4. Die Mitglieder können die Sportangebote der Abteilungen nutzen, denen sie zugeordnet sind.

§ 14 MITGLIEDERVERSAMMLUNG

1. Oberstes Organ des Vereins ist die Mitgliederversammlung. Die Mitgliederversammlung setzt sich aus den Mitgliedern des Vereins zusammen. Alle drei Jahre findet eine ordentliche Mitgliederversammlung statt. Das Datum der Mitgliederversammlung wird durch den Vorstand durch Beschluss bestimmt.
2. Die Mitgliederversammlung wird vom Vorstandsvorsitzenden, im Verhinderungsfall von einem anderen Vorstandsmitglied, mit einer Frist von 4 Wochen unter Angabe der Tagesordnung in Textform einberufen.
3. Jede ordnungsgemäß einberufene Mitgliederversammlung ist unabhängig von der Zahl der erschienenen Mitglieder beschlussfähig.
4. Bei Bedarf oder wenn die Vereinsgeschäfte es erfordern, kann der Vorstand eine außerordentliche Mitgliederversammlung einberufen. Der Vorstand muss eine außerordentliche Mitgliederversammlung einberufen, wenn mindestens ein Drittel der Mitglieder dieses schriftlich beim Vorstand unter Angabe der Gründe beantragt haben. Die Mitgliederversammlung ist ausschließlich zuständig für Wahl und Entlastung des Vorstandes, Wahl der Kassenprüfer, Satzungszweck-änderungen, Beschlussfassung über vorgelegte Anträge und über Fragen grundsätzlicher Bedeutung, die vom Vorstand zur Entscheidung vorgelegt werden sowie Fusion, Verschmelzung und Auflösung des Vereins. Es sind ein Vorsitzender und ein oder zwei weitere Vorstandsmitglieder zu wählen. Die Mitgliederversammlung ist nicht öffentlich. Sie wird vom Vorstandsvorsitzenden, im Verhinderungsfall von einem anderen Vorstandsmitglied, geleitet. Der Versammlungsleiter kann Gäste zulassen. Abstimmungen erfolgen offen per Handzeichen. Beschlüsse der Mitgliederversammlung werden – sofern die Satzung nichts anderes bestimmt – mit einfacher Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen gefasst. Stimmenthaltungen bleiben unberücksichtigt und gelten als ungültige Stimmen.
5. Wahlen erfolgen in offener Abstimmung durch Handzeichen. Es erfolgt eine geheime Wahl, wenn dies von 50 % der anwesenden Mitglieder beantragt wird.
6. Anträge müssen mindestens zwei Wochen vor der Mitgliederversammlung schriftlich beim Vorstand des Vereins eingegangen sein. Alle eingehenden Anträge sind den Mitgliedern vorab in Textform bekannt zu geben.

§ 15 VORSTAND

1. Der Vorstand besteht aus dem Vorsitzenden und einem oder zwei weiteren Vorstandsmitgliedern. Der Vorstand vertritt den Verein gerichtlich und außergerichtlich im Sinne des § 26 Abs. 2 BGB.
2. Der Vorstand führt den Verein und ist für alle Angelegenheiten des Vereins einschließlich der Satzungsänderungen zuständig. Der Vorsitzende ist alleinvertretungsberechtigt. Die weiteren Vorstandsmitglieder sind zusammen mit dem Vorsitzenden vertretungsberechtigt. Der Vorsitzende ist von den Beschränkungen des § 181 BGB befreit.
3. Der Vorstand wird von der Mitgliederversammlung auf unbestimmte Zeit bestellt. Die Abberufung des Vorstandes ist auf den Fall beschränkt, dass ein wichtiger Grund vorliegt. Ein solcher Grund sind insbesondere grobe Pflichtverletzungen oder die Unfähigkeit zur ordnungsgemäßen Geschäftsführung.
4. Scheidet ein Mitglied des Vorstands aus, so kann der verbliebene Vorstand durch Beschluss einen Nachfolger für den Ausgeschiedenen bestimmen.
5. Der Vorstand beschließt in Sitzungen, die vom Vorsitzenden, im Verhinderungsfall von einem anderen Vorstandsmitglied, einzuberufen sind.
6. Der Vorstand ist beschlussfähig, wenn mindestens zwei Vorstandsmitglieder anwesend sind. Beschlüsse werden mit einfacher Mehrheit gefasst.

§ 16 MITARBEIT IM VEREIN

1. Die Vereins- oder Organämter werden grundsätzlich ehrenamtlich ausgeübt.
2. Bei Bedarf können Vereinsämter im Rahmen der haushaltsrechtlichen Möglichkeiten entgeltlich auf der Grundlage eines Anstellungsvertrages oder gegen Zahlung einer Aufwandsentschädigung nach § 3 Nr. 26a EStG ausgeübt werden.
3. Die Entscheidung über eine entgeltliche Vereinstätigkeit nach Abs. 2 trifft der Vorstand. Gleiches gilt für die Vertragsinhalte und die Vertragsbedingungen.
4. Der Vorstand ist ermächtigt, Tätigkeiten im Verein gegen Zahlung einer angemessenen Vergütung oder Aufwandsentschädigung zu beauftragen. Maßgebend ist die Haushaltslage des Vereins.
5. Der Vorstand ist ermächtigt, zur Unterstützung der Vorstands- und Geschäftsführungsaufgaben bei Bedarf und im Rahmen der Haushaltslage entgeltlich hauptamtlich Beschäftigte anzustellen oder auf der Grundlage eines Dienstvertrages Aufträge zu erteilen. Der Vorstand ist berechtigt, die Geschäftsführertätigkeit des Vereins auch selbst im Rahmen eines Anstellungsvertrages gegen angemessene Vergütung durchzuführen.
6. Im Übrigen haben Mitglieder und Mitarbeiter des Vereins einen Aufwendungsersatzanspruch nach § 670 BGB für solche Aufwendungen, die ihnen durch die Tätigkeit für den Verein entstanden sind. Hierzu gehören insbesondere Fahrtkosten, Reisekosten, Porto, Telefon usw.
7. Der Anspruch auf Aufwendungsersatz kann nur innerhalb einer Frist von 6 Monaten nach seiner Entstehung geltend gemacht werden. Erstattungen werden nur dann gewährt, wenn die Aufwendungen mit Belegen und Aufstellungen, die prüffähig sein müssen, nachgewiesen werden.

§ 17 ABTEILUNGEN, AUSSCHÜSSE. SPORTGRUPPEN

1. Zur Erfüllung seiner Zwecke und Aufgaben kann der Verein Abteilungen und Sportgruppen einrichten.
2. Die Gründung von Abteilungen und Sportgruppen sowie deren Schließung ist ausschließlich dem Vorstand vorbehalten.

§ 18 BESCHLUSSFASSUNG. PROTOKOLLIERUNG

Über die Beschlüsse der Vereinsorgane ist eine Niederschrift anzufertigen, die vom Versammlungsleiter und vom Protokollführer zu unterzeichnen ist.

§ 19 DATENSCHUTZ

1. Zur Erfüllung der Zwecke und Aufgaben des Vereins werden unter Beachtung der gesetzlichen Bestimmungen der EU-Datenschutz-Grundverordnung (EU-DSGVO) und des Bundesdatenschutzgesetzes (BDSG) personenbezogene Daten über persönliche und sachliche Verhältnisse der Mitglieder im Verein gespeichert, übermittelt und verändert.
2. Jedes Vereinsmitglied hat in Bezug auf die zu seiner Person gespeicherten Daten das Recht auf Auskunft über die gespeicherten Daten, Berichtigung der gespeicherten unrichtigen Daten, Sperrung gespeicherter Daten, wenn sich bei behaupteten Fehlern weder deren Richtigkeit noch deren Unrichtigkeit feststellen lässt und auf Löschung der gespeicherten Daten, wenn die Speicherung unrichtig war.
3. Den Organen und allen Mitarbeitern des Vereins oder sonst für den Verein Tätigen ist es untersagt, personenbezogene Daten unbefugt zu anderen als dem zur jeweiligen Aufgabenerfüllung gehörenden Zweck zu verarbeiten, bekannt zu geben, Dritten zugänglich zu machen oder zu sonstigen Zwecken zu nutzen. Diese Pflicht besteht auch über das Ausscheiden aus dem Verein hinaus.
4. Alle Mitarbeiter des Vereins sind auf das Datengeheimnis zu verpflichten.

§ 20 VEREINSORDNUNG

Zur Organisation der Vereinsarbeit können vom Verein Ordnungen erlassen werden. Sämtliche Ordnungen werden vom Vorstand erlassen, geändert und aufgehoben.

§ 21 HAFTUNG DES VEREINS

1. Die Haftung des Vorstandes, von ehrenamtlich Tätigen und Organ- oder Amtsträgern ist auf Vorsatz und grobe Fahrlässigkeit begrenzt.
2. Der Verein haftet gegenüber den Mitgliedern im Innenverhältnis nicht für fahrlässig verursachte Schäden oder Verluste, die Mitglieder bei der Nutzung der Vereinsangebote, bei der Ausübung des Sports, bei Benutzung von Anlagen oder Einrichtungen und Geräten des Vereins oder bei Vereinsveranstaltungen erleiden, soweit solche Schäden oder Verluste nicht durch die Versicherungen des Vereins gedeckt sind.

§ 22 KASSENPRÜFUNG

1. Die Mitgliederversammlung wählt zwei Kassenprüfer und einen Ersatzkassenprüfer. Die Amtszeit der Kassenprüfer und des Ersatzkassenprüfers beträgt drei Jahre. Die Wiederwahl ist zulässig.
2. Die Kassenprüfer prüfen einmal jährlich die gesamte Vereinskasse mit allen Konten, Buchungsunterlagen und Belegen und erstatten der Mitgliederversammlung darüber einen Bericht. Die Kassenprüfer beantragen in der Mitgliederversammlung die Entlastung des Vorstandes.

§ 23 VERSCHMELZUNG

1. Eine Verschmelzung mit einem anderen Verein ist auf einer außerordentlichen Mitgliederversammlung zu beschließen. Diese außerordentliche Mitgliederversammlung ist durch Beschluss des Vorstands einzuberufen.
2. Die Verschmelzung kann nur mit der Mehrheit von drei Viertel der abgegebenen gültigen Stimmen beschlossen werden. Im Falle einer Verschmelzung mit einem anderen Verein fällt das Vereinsvermögen nach Vereinsauflösung an den neu entstehenden gemeinnützigen Verschmelzungsverein bzw. den gemeinnützigen aufnehmenden Verein, der es ausschließlich und unmittelbar für gemeinnützige Zwecke zu verwenden hat.

§ 24 AUFLÖSUNG DES VEREINS UND VERMÖGENSANFALL

1. Die Auflösung des Vereins kann nur in einer außerordentlichen Mitgliederversammlung beschlossen werden.
 1. Diese außerordentliche Mitgliederversammlung ist durch Beschluss des Vorstands einzuberufen oder wenn ein Drittel der Mitglieder dieses schriftlich beim Vorstand gefordert haben.
 2. Zur Auflösung des Vereins ist eine Mehrheit von 4/5 der abgegebenen Stimmen erforderlich.
 3. Zum Liquidator Vorstandsvorsitzende bestellt.
 4. Bei Auflösung des Vereins oder bei Wegfall der steuerbegünstigten Zwecke fällt das Vermögen des Vereins an den Stadtsportbund Düsseldorf e.V., der es unmittelbar und ausschließlich für gemeinnützige Zwecke zu verwenden hat.

Diese Satzung wurde am 29.10.2023 beschlossen.